

**7. Interpellation von Aline Indergand, Mathias Tschanen vom 20. Dezember 2023
"Stellenentwicklung in den Ämtern" (20/IN 58/618)**

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantin und der Interpellant, vertreten durch Kantonsrätin Aline Indergand, haben zuerst das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Aline Indergand, SVP: Danke für den ausgiebigen und sehr informativen Bericht über die Stellenentwicklung im Kanton Thurgau. Die grosse Informationsdichte könnte den Anschein erwecken, dass wir Interpellanten auf eine Diskussion verzichten möchten. Doch die Ergebnisse des Berichts bringen eindrückliche und auch bedenkliche Tendenzen in den Stellenentwicklungen der kantonalen Verwaltung zum Vorschein, die wir gerne diskutieren möchten. Ich **beantrage** deshalb **Diskussion**.

Abstimmung:

Diskussion wird mit 98:0 Stimmen beschlossen.

Aline Indergand, SVP: Wir haben in diesem Bericht einige Erkenntnisse gewonnen. Erstens: Die Soll-Stellen sind seit 2013 von 10.0 auf 10.3 Stellen pro 1'000 Einwohner und bei den Ist-Stellen von 9.7 auf 10.0 Stellen pro 1'000 Einwohner angestiegen. Zweitens: In den vergangenen fünf Jahren wurden 335 Soll-Stellen neu geschaffen, davon 82 Stellen aufgrund von Beschlüssen des Bundes und des Grossen Rates. Im Umkehrschluss wurden dementsprechend 253 Stellen durch den Regierungsrat geschaffen, das entspricht satten 75 %. Drittens: Während das kantonale Verwaltungspersonal inklusive Lehrpersonen von 2019 bis 2024 um 12 % gewachsen ist, ist die ständige Wohnbevölkerung im selben Zeitraum lediglich um 6 % gewachsen. Wir haben im Kanton Thurgau also ein überproportionales Wachstum der Verwaltung, verglichen zum Bevölkerungswachstum. Ich bin überrascht über die Verteilung der Verursacher für die Stellenschaffung. Wenn ich der Regierung in der Beantwortung von Vorstössen jeweils zuhöre – und gerade eben auch im Budgetprozess –, dann müsste man meinen, dass der Grosse Rat für das Stellenwachstum verantwortlich sei. Die Realität ist aber eine andere. Von den 335 neu geschaffenen Stellen fallen 14 % auf den Bund zurück, und 11 % dürfen wir – also der Grosse Rat – uns zuschreiben. Aber entscheidend ist, dass 75 % der neuen Stellen durch die Regierung geschaffen wurden. Geschätzte Regierung, Sie schreiben in Ihrem Bericht auf Seite 4, dass, wenn die durch den Bund und den Grossen Rat geschaffenen Stellen nicht geschaffen worden wären, die Stellenentwicklung konstant geblieben wäre. Mit etwas mehr Selbstkritik hätten Sie im Bericht darauf hinweisen können, was gewesen wäre, wenn der Regierungsrat auf seine Stellen verzichtet hätte. Wie sähe das Ergebnis dann

aus? Woher kommt dieser enorme zusätzliche Stellenbedarf? Der vorliegende Bericht bringt eine bedenkliche Entwicklung zum Vorschein. Betrachten wir das überproportionale Wachstum der Verwaltung im Zeitraum 2019 bis 2024 etwas genauer. Was glauben Sie, welches der fünf Departemente ist in diesem Zeitraum am stärksten gewachsen? Es ist nicht das Departement für Justiz und Sicherheit (DJS), das um 7 % gewachsen ist. Es ist auch nicht das Departement für Erziehung und Kultur (DEK) und auch nicht das Departement für Finanzen und Soziales (DFS), die beide um 8 % gewachsen sind. Kaum zu glauben, aber es ist auch nicht das Departement für Bau und Umwelt (DBU), das um beachtliche 15 % gewachsen ist. Nein, es ist das Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV). Das DIV ist um satte 24 % gewachsen. Von den neu geschaffenen Stellen fällt ein Viertel auf das DIV aus. Allein 65 Stellen wurden durch die Regierung geschaffen, wie der Bericht zeigt. Weitere 10.8 Stellen sind durch Bund und Grossen Rat zustande gekommen. Nehmen wir einmal die 8.5 Stellen noch aus der Berechnung heraus, die durch die Verschiebung vom Napoleonmuseum Arenenberg vom DEK ins DIV verschoben wurden. Es bleiben da nach wie vor stattliche 21 % Stellenwachstum im DIV. Das Wachstum fand statt durch den Stellenausbau beim Staatsarchiv um 6.8 Stellen, durch den massiven Stellenausbau beim Amt für Informatik um 17.5 Stellen, durch den Stellenausbau beim Amt für Wirtschaft um 9.4 Stellen, durch den gewaltigen Ausbau im Betrieb Arenenberg um 18.8 Stellen, wobei die Hotellerie und die Gastronomie einen sehr grossen Anteil ausmacht, sowie durch den Ausbau beim Veterinäramt um 14.55 Stellen. Das DIV ist ein Beispiel dafür, wie sich die öffentliche Verwaltung im Kanton Thurgau aufbläht. Um nur ein Beispiel zur Verbesserung zu nennen: Man könnte im Betrieb Arenenberg die nicht rentable Hotellerie privatisieren, was unsere Kantonsfinanzen stärken und der Aufblähung des Staatsapparats entgegenwirken würde. Nicht nur im DIV sind bedenkliche Entwicklungen zu erkennen. Auch das DEK zeigt, dass sich der Verwaltungsapparat schonungslos vergrössert und damit der "Wasserkopf" wächst. Das DEK weist auf Seite 22 im Bericht die Unterteilung in Verwaltungspersonal und Lehrpersonen aus. Bedenklich dabei stimmt mich Folgendes: Das Verwaltungspersonal, über alle Ämter im DEK betrachtet, ist in den vergangenen 11 Jahren um 26 % gewachsen. Ein massives Wachstum, vor allem wenn man sieht, dass die Stellen der Lehrpersonen im selben Zeitraum gerade einmal um knapp 2 % gewachsen sind. In unserem Bildungssektor an der Front, wo seit längerer Zeit Not besteht, gibt es kaum Wachstum, während in den Ämtern die Zahlen fast explodieren. Diese Entwicklung ist entsetzlich. Innerhalb von fünf Jahren sind die Stellen um 12 % gewachsen, während die Bevölkerung um 6 % gewachsen ist, ich habe es schon erwähnt. Das stellt ein überproportionales Stellenwachstum im Vergleich zum Bevölkerungswachstum dar. Liebe Regierung, Sie müssen diese Tendenz stoppen, sonst wird es irgendwann der Grosse Rat tun. Nehmen Sie Ihre Führungsrolle wahr und sorgen Sie dafür, dass der Handlungsspielraum von gesetzlichen Grundlagen nicht bis zum Maximum ausgeschöpft wird, sondern nur das Minimum. Dadurch senkt sich der Stellenbedarf. Überprüfen Sie Ihre Aufgaben. Was sind tatsächliche Staatsaufgaben und was nicht? Denn die Lösung

liegt tatsächlich in der Reduktion von Staatsaufgaben. Geschätzte Regierung, seien Sie endlich mutig und trennen Sie sich von unnötigen Aufgaben, die keine Staatsaufgaben sind. Nur durch Aufgabenverzicht kann die Entwicklung der Stellen im kantonalen Verwaltungsapparat gestoppt und angemessen reduziert werden. Seien Sie also mutig, auch wenn Sie dadurch nicht überall beliebt sein werden. Das gehört zu Ihrer Führungsrolle dazu.

Barbara Dätwyler Weber, SP und Gew.: Eine A4-Seite Begründung und Fragen – mehr oder weniger ein Abfragen von nackten Zahlen. Nun, diese haben wir nun erhalten in Form einer 69-seitigen Antwort an Statistiken und Kommentaren. Die Interpellanten haben die Zahlen, die sie wollten, also können wir die Diskussion hier abbrechen. Mehr wollte die Interpellation wohl nicht. Doch leider erwehrt sich uns das Gefühl nicht ganz, dass hier mehr dahintersteckt. Wollen die Interpellanten mehr Transparenz, mehr Statistik oder mehr Planung? Wollen Sie mehr Führung, wollen sie mehr Auskunft oder mehr Mitsprache? Wie schön, dass sich fünf Departemente über Wochen damit beschäftigen durften, Zahlen zusammenzustellen, und ihre Arbeitszeit investierten, damit der Grosse Rat – oder zumindest der interessierte Teil davon –, sich 69 Seiten Antwort zu Gemüte führen durften. Hoffen wir, es nützt auch etwas. Für uns zeigt es auf jeden Fall mehrere Tatsachen auf. Es wird gearbeitet in der kantonalen Verwaltung und nicht "gepläuselt". Es werden mit knappen, sehr knappen Ressourcen die Aufgaben erfüllt, die der Bund und das Kantonsparlament verlangen. Der Volkswille, liebe SVP, wird umgesetzt und fordert von den kantonalen Mitarbeitenden viel, wenn nicht alles ab. Mit einem Zitat aus dem Anhang "Kanton Thurgau" des Leitfadens "Startpaket für Gemeindepolitiker/-innen" – erarbeitet vom Verband Thurgauer Gemeinden (VTG) und der Fachhochschule Graubünden (FHGR) – möchte ich mein Votum unterstreichen und vor allem die zahlreichen Gemeindevertretungen hier im Saal in die Verantwortung nehmen. Das, was nämlich für uns gilt – und ich kann das ja sagen als Gemeindevertreterin –, gilt auch im Kanton. Ich zitiere: "Selbstständig, selbstbestimmend und unabhängig sind dabei die zentralen Eigenschaften der Gemeindeautonomie, wie wir sie verstehen. Diese Eigenschaften erreichen wir nicht nur durch die grösstmögliche Zuteilung von Kompetenzen in Gesetzen und Verordnungen. Wer Selbstständigkeit und Selbstbestimmung erhalten will, muss seine Aufgaben" – man höre und staune – "kompetent und effizient erfüllen können. Dies erreichen wir in unseren Gemeinden mit gut ausgebildetem Verwaltungspersonal und mit Behördenmitgliedern, die über ein ausgeprägtes Demokratieverständnis verfügen." Wir sollten schnellstens für Kantonsparlamentarierinnen und -parlamentarier auch ein Startpaket mit Leitfaden erarbeiten und ihr Demokratieverständnis prägen. Wir als SP-Fraktion danken an dieser Stelle herzlich allen Beschäftigten in der kantonalen Verwaltung, aus der tiefsten Überzeugung, dass sie einen Beitrag leisten zu einem enkel- und enkelinnentauglichen Thurgau. Hoffentlich bleiben sie uns noch lange erhalten und bringen unseren Thurgau vorwärts, wenn das Parlament schon genug zu verhindern weiss.

Reto Ammann, GLP: Ich spreche für die GLP-Fraktion. Ein herzliches Dankeschön vorneweg an die Verwaltung für die detaillierte Auflistung der Stellenentwicklungen. Dieser Bericht folgt der Systematik des Vorgängerberichtes von 2020, im Jahr 2017 in den Grossen Rat gebracht, und dient aus meiner Sicht als weiteres und gutes Führungsinstrument und Dashboard für die Departemente und die Regierung über einen grösseren Zeitvergleich. Mit einem Umfang von 69 Seiten ist dieses Dokument jedoch enorm stark gewachsen. Vor fünf Jahren waren es 34 Seiten, also die Hälfte, für genau dieselbe Anfrage. Es wäre wünschenswert, kommende Versionen bewusst auf maximal 50 bis 70 Seiten zu begrenzen. Es braucht nicht überall mehr Quantität für grobe Quervergleiche und qualitative Aussagen. Deshalb ein zweites "Danke" im Voraus an die zukünftigen Vorstösser, die das in zwei, drei Jahren dann wieder machen werden, und auch an die Regierung bei der nächsten Beantwortung einer solchen Interpellation. Im Gegensatz zu meiner Vorgängerin finde ich, muss man hier nicht schon enorm viel Emotionen reinbringen und Sachen interpretieren. Es ist ein Dashboard, es ist ein Führungsinstrument und ja, ich finde es gut und wichtig, dass man weiss, wie sich Stellen entwickeln. Das macht hoffentlich jede Verwaltung und hoffentlich auch jedes Unternehmen. Ich glaube nicht, dass dafür ein Monat an Arbeit gebraucht wird. Eben, weil das früher auch schon gemacht worden ist. Es wäre mehr in Frage zu stellen, wieso das jetzt doppelt so viel Umfang hat. Zum Stellenplan: Der Bericht orientiert sich erneut stark am Soll-Stellenplan. Wir bei der GLP-Fraktion fragen uns – und haben uns schon vor fünf Jahren gefragt –, was denn der Sinn dieses Soll-Planes ist und wer die Kriterien für einen solchen Soll-Plan überhaupt aufstellt. Auffallend ist, dass der Soll-Stellenplan in einigen Ämtern steigt, sobald der Ist-Stellenplan im Vorjahr über dem Soll-Stellenplan liegt. Wir regen hier als GLP-Fraktion an, in Zukunft darauf zu verzichten und nur jährlich zu überprüfen, wie sich das Ist entwickelt, weil das ist entscheidend. Ich glaube, wir müssen die Freiheit den Beamten lassen, dass, wenn es nicht reicht, man das Ist anpasst und sich nicht an einem Soll orientiert, bei dem man nicht weiss, woher dieses Soll überhaupt kommt. Zur Digitalisierung: Vor fünf Jahren haben bereits einige Votanten hier in diesem Saal auf erhoffte Effizienzgewinne dank der Digitalisierung hingewiesen. Das Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung (KDV) – ich weiss gar nicht mehr, wann wir es gegründet und alimentiert haben –, wurde mitunter auch deswegen gegründet, damit wir hoffentlich Effizienzgewinne hinbekommen. Im Bericht liest man hier leider eher noch das Gegenteil, viele Stellen sind rein durch digitale Prozesse begründet. Die Digitalisierung entwickelt sich noch stärker zum strategisch Notwendigen, aber leider auch schwer kontrollierbaren Kosten- und Risikoblock. Wir verfügen zwar alle über immer mehr an Daten, schreiben längere Berichte und beschäftigen uns zusätzlich dann noch mit Datenschutzfragen und immer stärker auch mit Migrationsfragen und Integrationslösungen. Unsere Sorge: Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Konzepte bei den vertikalen, aber auch horizontalen Behörden aller Stufen schaffen oft unnötig ein Flickwerk und teure spätere Lösungen. Das ist ein grosses Thema und ein grosses Problem, das es

zu lösen gilt. Digitalisierung erlaubt normalerweise immer mehr Qualität, aber das kostet uns auch. Es sollte in erster Linie hier ein Mehr an Effizienz und Einfachheit als Service bieten und erst in zweiter Linie ein Mehr an Servicemöglichkeiten. Schlanke Prozesse wollen wir zwar alle. Auf die eigene Autonomie, das besonders wichtige "Flag" oder die liebgeordnete Rubrik, die wir auch noch erfassen könnten, verzichten, wollen aber nur wenige. Das heisst dann Migrationslösungen anwenden, die wirklich teuer werden. Hier sehen wir eine der wichtigsten Kernaufgaben von Leadership: Die Prozesse möglichst zu vereinfachen. Dafür ein drittes "Danke", diesmal an die Regierung. Zur Ursache der Stellenentwicklung hat die Erstunterzeichnerin schon etwas gesagt, dies ist neu im Bericht und wurde vorher nie erwähnt. Die Ursache wird aber auf "wer hat es gewollt" reduziert und weniger erläutert, weshalb es überhaupt neue Stellen gibt. Die Regierung fordert auch im Bericht, dass das Parlament weniger Aufgaben an den Staat überträgt. Das scheint uns auch wichtig. Dennoch, die Moderne bringt es mit sich, ab und zu gibt es halt neue Aufgaben, welche der Staat zu regeln hat, wie beispielsweise das Öffentlichkeitsprinzip oder irgendein Ereignis, das wir regeln müssen, Gefährdungslagen etc. Das Parlament ist nun einmal das Gremium, dies zu ermöglichen. Von den 335 neuen Stellen werden laut Regierung 36 auf Wünsche des Grossen Rates zurückgeführt, 75 direkt vom Regierungsrat für die bereits bestehenden Aufgaben neu geschaffen. Bei genauer Betrachtung der aufgeführten 36 Stellen sind diese teilweise sogar kostenneutral, da beispielsweise die Zentralisierung der Quellensteuer auf der anderen Seite die Gemeinden wiederum entlastet, das Parlament somit an anderer Stelle Verwaltungsstellen nicht notwendig gemacht und digitalen Einsatz für Unternehmen neu zusätzlich geschaffen hat. Letztendlich bleiben vielleicht 15 bis 20 wirkliche Vollstellen, was bei über 3'000 Stellen letztlich im Promillebereich liegt. Das Parlament scheint mir weniger aufgabentreibend zu sein, als es oft angetönt wurde oder wir dargestellt werden. Auch finde ich den Ausdruck heikel, dass man Stellen "verursacht" hat. Stellen sind immer notwendig, hoffe ich. Da geht es nicht um Verursachung. Letztlich geht es um Aufgaben, die es zu erledigen gilt und nicht um Stellen, die man verursacht hat. Ich denke hier auch an den Langsamverkehr. Dort hatten wir gewünscht, dass man diese 0.5 Stellenprozente, die wir zusätzlich bewilligt hatten, über die Zeit integriert und sie dafür an einem anderen Ort nicht mehr notwendig sind. Stellen sind somit keine eigentliche Währung, nur Indikatoren. Und als GLP-Fraktion wäre es uns lieber, dass man wieder wegkommt von Stellendiskussionen, von Soll-Stellen und dergleichen. Wir müssen uns überlegen, welche Aufgaben der Staat erledigen muss und was dies kostet, und auch, was andere, bei gleicher Qualität, uns abnehmen könnten. Das Aufgabenwachstum, in den letzten Jahren rund 8 % jeweils, kann sich entwickeln. Aber idealerweise sollte es eben unter dem Einnahmenwachstum bleiben, das doch in den letzten Jahren immer 3 % war – und das unabhängig vom Steuerfuss. Wenn das Aufgabenwachstum unter diesen 3 % bleibt, dann "sparen" wir, in Anführungs- und Schlusszeichen. Ja, wir sparen am Aufgabenwachstum, aber es ist trotzdem mehr, das wir bewilligen. Das

ist aus unserer Sicht okay, solange es unter dem Einnahmenwachstum bleibt. Die Regierung betont, dass jede neue Stelle einzeln zu begründen ist und im Regierungsrat bereits kritisch diskutiert wird. Auch dafür danken wir, haben hier aber auch höchstes Vertrauen. Es würde aus unserer Sicht aber auch viel mehr bringen, nicht die notwendigen neuen Stellen zu hinterfragen, weil es die ja braucht, sondern generell Bestehendes zu hinterfragen und hier in erster Linie die eigenen Aufgaben, nicht die outgesourceten, bereits kostengünstigen, sei es an Behindertenorganisationen und anderen Orten, wo es einfach ist, etwas zu sparen. Das darf es nicht sein. Da hoffe ich wirklich, dass das Parlament sagt, nein, das wollen wir nicht. Die Gefahr ist immer gross, dass beim Sparen über die Giesskanne – Stichwort globale Kürzungen – und Effizienz argumentiert wird. Wir denken, es muss aber über Effektivität und sinnvolle Partnerschaftslösungen gesprochen werden. Das Richtige machen ist die sinnvollste Führungsaufgabe. Für das andere hilft früher oder später die Digitalisierung und sicher – und die haben wir – die hohe Fachkompetenz in den Ämtern, wo das dann effizient gemacht wird. Danke hier dem Regierungsrat und dem Parlament für das gemeinsame Lösen; immer mit Vorlauf bitte und früh im Einbezug und keine Hauruck-Übungen, weil das schädlich ist für uns im Kanton Thurgau.

Martina Pfiffner Müller, FDP: 69 Seiten, nicht schlecht, habe ich mir gedacht. Der Regierungsrat nimmt ausführlichst Stellung zur Stellenentwicklung in den Ämtern. Natürlich habe auch ich mich gefragt, was der Regierungsrat mit diesem aufwendigen Bericht bezweckt und ob diese XXL-Lösung denn auch wirklich die erwünschte Wirkung erzielt. Die Musik aber, die spielt nicht in den Statistiken, die spielt im regierungsrätlichen Text, im Einstieg und im Ausklang der Antwort. Wir befinden uns im Moment offensichtlich in einem Spannungsfeld zwischen der Exekutive und Teilen des Parlaments, was durch die aktuellen Sparbemühungen genährt wird. Während die bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier Staatsaufgaben schärfen wollen, geht der Regierungsrat davon aus, dass die beobachtete Stellenentwicklung anhält und auch in den nächsten Jahren zu einem Stellenwachstum führen kann. Ja, dieses "kann"... Ich frage mich, ob ein bleibender Stellenetat für die Regierung auch eine ernsthaft verfolgbare Lösung darstellen könnte. In der FDP-Fraktion wurde die vorliegende Interpellation differenziert diskutiert. Wir kommen zu folgenden Feststellungen: Ich wiederhole es zum x-ten Mal, vieles in der Verwaltung läuft gut. Es gibt auch klare Zeichen, dass die Verwaltung das Aufgabenportfolio überprüft. Sorgen bereiten uns aber folgende Aspekte: unsere Staatsfinanzen, teilweise komplizierte und tendenziell technokratische Abläufe, alte Zöpfe – und ziemlich sicher auch zu viele Zöpfe – und der fehlende Blick auf Lösungen. Komplexität und Aufgabenvolumen in der kantonalen Verwaltung nehmen zu, mehr Polizeieinsätze, mehr Schutz vor Cyberkriminalität, aufwendigere Rekursverfahren, anforderungsreiche IT-Projekte und so weiter. Eine andere Haltung und Denkweise könnte aber sein: Es wird dynamischer, die Digitalisierung und die Projektwelt sind auch bei uns angekommen. Teile der Bevölkerung wollen kein Frühfranzösisch mehr: Okay, prüfen wir es. Wir bauen zu teuer? Nicht gut, schauen wir es

uns an. Ja, wir erkennen, dass neue Aufgaben von verschiedenen Stellen ausgelöst werden, einmal vom Bund, einmal vom Grossen Rat, auch vom Regierungsrat selbst. Der Regierungsrat unterstreicht in seinem Antwortschreiben steigende Aufgaben infolge geführter parlamentarischer Diskussionen. Leider erweckt dieser Satz den Anschein, dass politische Themen, welche nicht dem Gusto der Regierung entsprechen, nicht erwünscht sind. Mit diesen Aussagen gibt der Regierungsrat dem kantonalen Parlament zu verstehen, dass es sich zurücknehmen soll. Der Regierungsrat beraubt uns damit unserer politischen Instrumente. Nur, weil er gewisse Vorstösse nicht gutheisst, heisst es noch lange nicht, dass sie für unsere Bevölkerung nicht relevant sind. Ich erkenne aber auch einen weiteren Treiber, welcher das Aufgabenvolumen der Verwaltung mitverantwortet und welchen wir als Parlamentarier und Parlamentarierinnen nicht aus den Augen verlieren sollten: Unsere kantonalen Strukturen zählen 80 Gemeinden und über 80 Schulgemeinden, so sind 80 Gemeinden 80-mal anders organisiert und strukturiert. Im Kanton gibt es über 80 Zonenpläne und 80 Baureglemente, um nur zwei Beispiele zu nennen. Die Nachfrage nach Support für Gemeinden fällt in der kantonalen Verwaltung sehr unterschiedlich aus. Auf der anderen Seite stellen wir auch fest, dass sich in der kantonalen Verwaltung immer mehr Kompetenzcluster bilden, gegen die sich die Gemeinden wiederum wehren, da sie sich in ihrer Autonomie beschnitten fühlen. Wir konnten kürzlich in der Thurgauer Zeitung lesen, welche Auswirkungen die Neuorganisation der Denkmalpflege auf die Gemeinden hat. Die Register werden zwar gekürzt, die Kompetenzen für die Gemeinden aber auch, und schlussendlich verlagern sich Aufgaben und Kompetenzen ganz eindeutig zum Kanton. Unsere Forderungen: Beim seit geraumer Zeit geforderten Abbau von Aufgaben setzen wir unsere erste Marke. Wir vermissen in der vorliegenden Antwort – sie ist schon älter, in der Zwischenzeit ist einiges gelaufen – klare Antworten und Zeichen, wo in der Verwaltung Aufgaben wegfallen könnten, die nicht den Staatsaufgaben zuzuordnen sind. Wir haben an der letzten Sitzung des Grossen Rates erstmals von Regierungsrat Urs Martin vernommen, dass eine Aufgabenüberprüfung lanciert wurde. Wir erwarten in Zukunft klarere Zeichen, was es nicht mehr braucht. Wir erwarten Lösungen und nicht Drohungen und Mahnfinger. Wir fordern eine durch die Regierung angesteuerte Konzentration auf wirklich notwendige Staatsaufgaben, die auch Gültigkeit haben, wenn nicht gespart werden muss. Dies braucht aber die dazu notwendigen Dirigentinnen und Dirigenten in allen Departementen. Seitens des Parlaments behelfen wir uns nun mit einer parlamentarischen Arbeitsgruppe, welche ihre Arbeit kürzlich aufgenommen hat. In einer zweiten Phase stehen die Fortsetzung und die konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierung und der Verwaltung an. Der FDP-Fraktion geht es nicht um Stellenabbau, uns geht es darum, gemeinsam besser zu werden, und es geht auch um das Wie. Wie werden Aufgaben erfüllt? Wir sind zum Beispiel überzeugt, dass es bei der Umsetzung von Gesetzen immer Spielräume gibt. Hier zeigen konkrete Erfahrungen von Kantonsratsmitgliedern, dass sich Mitarbeitende der Verwaltung sklavisch an den Gesetzeswortlaut halten, obwohl eine gesunde

Portion Pragmatismus alle glücklicher machen würde. Ich komme zum Schluss. Ich wünsche mir, dass wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier als höchstes Aufsichtsorgan in unseren Aufgaben ernstgenommen werden. Wir wirken von links bis rechts mit unseren politischen Instrumenten, und wir schätzen es, wenn unsere Vorstösse verlässlich umgesetzt werden. Wo kein Wille, da kein Weg – wo ein Wille, da ein Weg. Ich setze auf das Zweitgenannte, also machen wir uns alle an unsere Aufgaben.

Roger Martin, Die Mitte/EVP: Ich versuche, die Länge meines Votums Ihrer Aufmerksamkeitsspanne anzupassen und halte mich eher kurz. Der umfangreiche Bericht des Regierungsrates ist in seiner Ausführlichkeit zu verdanken. Die einzelnen Darlegungen der Personalbestandesänderungen sind nicht zu hinterfragen, da dies den Rahmen wohl sprengen würde. Beim Durchlesen des Berichtes wurde es mir aber zeitweise, in Anbetracht der vielen Zahlen, schwindlig, und es gelang mir nicht, eine abschliessende Antwort auf die zu vermutende Intensionsfrage zu finden. Ich habe mich dann etwa drei Stunden durch den Zahlensalat gearbeitet und versucht, mit eigenen Berechnungen Licht ins Dunkle zu bringen. Zu folgender Erkenntnis bin ich daraufhin gelangt: Während das Bevölkerungswachstum um 7 % gestiegen ist, stieg der Personalbestand um 12 % im selben Zeitraum. Rund 2 % davon sind auf die veränderten Bedingungen des Bundes zurückzuführen und nicht direkt beeinflussbar. An rund 1 % ist der Grosse Rat, also wir, der Grund für den Personalausbau. Erstaunlich hoch ist jedoch die Tatsache, dass der Regierungsrat in seiner Kompetenz für drei Viertel der Personalaufstockung verantwortlich ist. Beim Versuch einer Interpretation möchte ich Folgendes festhalten: Ist es realistisch, dass der Grosse Rat nur für ein Zwölftel der Stellenerhöhungen verantwortlich ist? Kommt da der Grosse Rat nicht etwas zu gut weg? Definiert wurde in der Beantwortung, dass alle übrigen, nicht eindeutig zuordenbaren neu geschaffenen Stellen aufgrund von gesteigerten Anforderungen an die Verwaltung verursacht und somit dem Regierungsrat zugesprochen wurden. Hier gibt es Klärungsbedarf. Abschliessend möchte ich noch erwähnen, dass es in der Antwort des Regierungsrates in der Schlussbemerkung störend ist, dass als Begründung der Tätigkeitsausweitung aktuell politische Geschäfte des Grossen Rates aufgeführt werden – zumal wir nur für 1 % verantwortlich sind –, die mindestens im Bereich der Tourismusförderungsabgabe fragwürdig ist. Wie oben errechnet, machen die Entscheide der kantonalen Legislative eben nur 1 % des Wachstums aus. Dass hier versucht wird, politisch Einfluss auf aktuelle Geschäfte zu nehmen, ist unlauter.

Mathis Müller, GRÜNE: Ich blicke immer wieder dort zum Fenster und beobachte die Rathausfraktion der städtischen Saatkrähen. Sie tagen dort täglich – zumindest im Sommerhalbjahr. Ich stelle fest, dass dort noch nicht alle Stellen, sprich Nistplätze, besetzt sind. Nun komme ich zu unserer vorliegenden Interpellation zur Stellenentwicklung in den Ämtern: Die Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Stellenentwicklung der kantonalen Verwaltung sind immer wieder ein Thema im Grossen Rat, sei es bei der jährlichen

Budgetberatung oder wie hier bei der vorliegenden Interpellation. Der eigentliche Hintergrund dieser Fragen ist vielleicht Ihre Meinung, die aufgeblähte Verwaltung müsse endlich reduziert werden, kurz: weniger Staat, mehr Freiheit (für die Wirtschaft oder die Landwirtschaft unter anderem). Ich als GFK-Mitglied stelle jedoch fest, dass von den Amtsleitern und den Departementschefs jede neue Stelle sorgfältig evaluiert wird und dass zusätzliche Stellen einzig auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorlagen ausgerichtet sind. Natürlich löst aktuell Elon Musk in den USA eine Debatte über einen schlankeren Staat aus, so bezeichnete etwa SVP-Nationalrat Gregor Rutz Elon Masks Berufung zur Zerschlagung der Verwaltung als eine "hervorragende Idee". Aber, wie Markus Hinterleitner, Politologe der Uni Lausanne, in einem Interview im Tages-Anzeiger vom 3. Dezember 2024 sagt: "Bürokratie ist nicht nur ein notwendiges Übel, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für die Umsetzung demokratischer Entscheidungen." Und weiter: "Der Staat muss seine Aufgaben gut erfüllen können. Alles andere rächt sich." Diese Meinung vertrete auch ich und bin deshalb froh um die Antworten bzw. den Bericht der Regierung zur vorliegenden Interpellation, besten Dank dafür. In der vorliegenden Antwort wird unter anderem detailliert die Stellenentwicklung aller Ämter seit 2013 dokumentiert. Durch Verschiebung von Aufgaben in andere Ämter und neue Aufgaben ist die unterschiedliche Entwicklung dieser Ämter jedoch erklärbar. Der Kanton Thurgau weist gemessen an Vollzeitstellen – die Kantonal- und Gemeindeebene zusammen – mit dem Kanton Appenzell Innerrhoden die schlankste Verwaltung aller 26 Kantone auf gemäss einer Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern (IWP). Diese Studie betrachte ich übrigens als sehr vertrauenswürdig – ich traue eigentlich nur meinen Statistiken, aber auch denjenigen Statistiken, die ich verstehe. Auch blieb die Entwicklung der Ist- und Soll-Stellen seit 2013 praktisch stabil in Abhängigkeit des Bevölkerungswachstums, insbesondere wenn die neugeschaffenen Stellen aufgrund von Beschlüssen des Bundes und des Grossen Rates nicht berücksichtigt werden. Ebenso interessant wie die Stellenentwicklung ist die Frage nach der Entwicklung der staatlichen Personalausgaben von Kanton und Gemeinden. Auch dazu gibt der erwähnte Bericht der IWP Auskunft. Kurz zusammengefasst: 2021 gab der Kanton Thurgau zusammen mit vier weiteren Kantonen mit knapp 4'000 Franken pro Einwohner am wenigsten aus, ebenso ist dieses Wachstum seit 2008 mit 7.8 % am viertgeringsten aller Kantone. Wenn ich die vorliegende Antwort des Regierungsrates etwas analysiere, komme ich deshalb zum Fazit, dass die Verwaltung so gering wie möglich ist und so stark wie nötig. In meinem Votum bleiben natürlich viele Aspekte zum Thema der kantonalen Stellenentwicklung noch offen, auf die ich hier nicht eingehen werde. Es bleiben auch offene Fragen: Warum entwickelte sich die Anzahl befristeten Stellen fast dreimal so stark wie die Anzahl der unbefristeten Stellen seit 2013? Wie entwickelten sich die externen Vergaben von Aufträgen im Verlauf der letzten Jahre oder wo liegen die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Sektor der einzelnen Ämter?

Stefan Wolfer, SVP: 488 Mio. Franken, so hoch war der budgetierte Personalaufwand im Budget 2025 des Kantons Thurgau. Das ist hinter dem Transferaufwand die zweitgrösste Budgetposition des Kantons und macht fast 20 % der Gesamtkosten der kantonalen Verwaltung aus. Vor diesem Hintergrund ist es extrem wichtig, Ratskollegin Barbara Dätwyler Weber, dass in Bezug auf die Personalkosten und damit auch auf die Personalstellen absolute Transparenz herrscht. Da darf es auch einmal ein Bericht mit 69 Seiten sein. Ich danke dem Regierungsrat für die sehr detaillierte Beantwortung dieser Interpellation. Mit diesem Bericht ist dargelegt, wie sich die Stellen über die verschiedenen Ämter hinweg in den vergangenen Jahren verändert haben. Es ist lobenswert, dass der Kanton Thurgau gemessen an den Vollzeitstellen im Kanton und den Gemeinden, zusammen mit Appenzell Innerrhoden, die schlankste Verwaltung der Schweiz aufweist. Diese erfreulichen Feststellungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Wachstum der Verwaltung überproportional zum Bevölkerungswachstum erfolgt ist. Auch wenn der Faktor der von der Regierung selber verantworteten Stellen mit 0.1 pro 1'000 Einwohner sehr klein ist, so macht das auf die rund 300'000 Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Thurgau fast 30 Vollzeitstellen aus, respektive jährliche Personalkosten von rund 4.5 Mio. Franken. Insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Digitalisierung gilt es, dieses Wachstum zu korrigieren. Ein überproportionales Stellenwachstum im Verhältnis zur Bevölkerung ist für eine Volkswirtschaft nicht erträglich. Eine zu hohe Staatsquote führt zu Überregulierung und damit zu Deindustrialisierung. Dass eine solche Erkenntnis nicht nur eine Phrase aus einem Lehrbuch ist, zeigt uns das Beispiel Deutschland eindrücklich. Selbstverständlich müssen aber auch wir uns im Grossen Rat an der Nase nehmen. Denn der Bericht zeigt schonungslos auf, dass auch wir für das anhaltende überproportionale Stellenwachstum mitverantwortlich sind. Es wäre wünschenswert, wenn die Transparenz zur Stellenentwicklung nicht nur alle fünf Jahre auf Nachfrage in einem Bericht erläutert würde, sondern dass auch die bestehenden Berichte transparenter erschienen. So wäre es äusserst hilfreich, wenn im zukünftigen Budget nicht nur der Vergleich zum Budget-Vorjahr gemacht würde, sondern auch eine aktuelle Übersicht der Anzahl Stellen dargestellt wäre. Als Stichtag könnte man beispielsweise Ende Mai oder Ende Juni nehmen, was auch immer Sinn ergibt bei der Erstellung des Budgets. Des Weiteren wäre wünschenswert, wenn die Angaben zu der Anzahl Stellen nicht nur zuvorderst bei den Stellenentwicklungen je Amt zu sehen sind, sondern auch direkt in den Kapiteln bei den jeweiligen Abteilungen. Man findet beispielsweise im ganzen Budget keine Angabe darüber, wie viele Personen im Betrieb Arenenberg angestellt sind, denn diese sind alle irgendwo im Landwirtschaftsamt zuvorderst zusammengefasst. Ich komme zum Schluss. Der Regierungsrat wie auch wir im Grossen Rat täten gut daran, uns konsequent an folgende Richtlinien zu halten: Das Stellenwachstum soll nicht überproportional zur Bevölkerungsentwicklung erfolgen. Jede Stelle ist einzeln zu begründen und kritisch zu hinterfragen. Das Stellenwachstum soll vor dem Hintergrund der an den Staat gestellten Aufgaben und der damit verbundenen Leistungen so gering wie möglich und so stark wie nötig ausfallen.

Christian Caviezel, EDU/Aufrecht: Ich bedanke mich bei den Interpellanten für die Aufnahme dieses Themas und dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung zu den einzelnen Bereichen. Die Arbeit geht nie aus, das kennen wir alle. Es ist auch immer mehr möglich, und wo etwas zu holen ist, wird auch genommen. Wir haben es mit dem nie zufriedenzustellenden Menschen zu tun, der immer mehr will und sich nicht bewusst ist, dass dies auch jemand bezahlen muss. Wir verabschieden laufend neue Gesetze, anstatt zu entschlacken. Es kommen neue Forderungen, politische Entscheide, die unser System takten, ausbauen und unser Leben verkomplizieren: mehr, mehr, noch mehr, dort auch noch. Wie lange kann dies noch gutgehen und bezahlt sein? Dass Optimierung immer möglich ist, versteht sich. Sich zu messen ist auch wichtig. Dazu dient auch die vorliegende 69-seitige detaillierte Antwort. Der Kern des Problems und die alleinige Lösung kann der Regierungsrat jedoch nicht allein aufdecken oder lösen. Es liegt an uns allen – an unserer Gesellschaft –, die wir nicht gerne verzichten. Die Politik, die Menschen und die Medien spielen hier eine zentrale Rolle. Es ist wichtig, dass auch vermittelt wird, was nun die Konsequenzen von getroffenen Volksentscheiden sind. Beispiele hat der Regierungsrat in der Beantwortung genannt, seien es Umweltregulatoren, soziale Forderungen, Regelungen im Gewerbe, externe Forderungen vom Bund oder gar vom Ausland. Es gilt im Kanton genau gleich wie in der Marktwirtschaft: Stillstand ist Rückschritt, wer schläft, verschläft. Da gilt es genau hinzuschauen und sämtliche Stellenabteilungen zu prüfen, ob die Bürger und das Gewerbe profitieren und noch immer einen Nutzen ziehen können. Wo dies verhältnismässig ausbleibt, sollten Aufgaben und Stellen konsequent gestrichen werden. Der Staat muss auch künftig dem Volk dienen und nicht das Volk den Staat unterhalten. Im Bericht sind mir die geschaffenen Stellen in der IT aufgefallen. Sollte die IT doch Personal einsparen und Prozesse vereinfachen. Ebenfalls aufgefallen ist der Mehrbedarf im Bereich Justiz, Polizei und Migration. Es scheint naheliegend eine Folge reduzierter Sicherheit oder zunehmender Kriminalität und Not zu sein. Nicht alles können wir beeinflussen, doch es gibt dringende Hausaufgaben, die wir zu erledigen haben. Das sind wir unserer Bevölkerung schuldig. Schlanker, effizienter und serviceorientierter als heute, dies gilt es im Fokus zu behalten. Die Fraktion EDU/Aufrecht sieht weiterführende Bearbeitung dieser Thematik im kommenden Geschäft der Motion zur Stellenplafonierung.

Marion Sontheim, SP und Gew.: Die vorliegende Interpellation wirft Fragen auf, die weit über die nackten Zahlen der Stellenentwicklung in unserer Verwaltung hinausgehen. Es stellt sich die Frage, was die Interpellanten tatsächlich bewirken möchten. Ist es eine sachliche Auseinandersetzung mit der Effizienz unserer kantonalen Verwaltung? Oder geht es darum, einen Generalverdacht gegen die Mitarbeitenden zu schüren? Die Zahlen zeigen klar: Der Kanton Thurgau hat eine der schlanksten Verwaltungen der Schweiz – derart schlank, dass viele unserer Staatsangestellten am Limit arbeiten, um die wachsenden Anforderungen zu erfüllen. Wer unter diesen Bedingungen noch den weiteren Abbau von

Stellen fordert, muss sich bewusst sein, dass er damit letztendlich auch einen Abbau von Demokratie forciert. In den USA sehen wir gerade in Echtzeit, was das genau bedeutet. Eine funktionierende Verwaltung ist das Rückgrat unseres demokratischen Systems. Sie sorgt dafür, dass Gesetze eingehalten, Dienstleistungen erbracht und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kompetent bearbeitet werden. Es ist eine traurige Tatsache, dass wir die Demokratie immer wieder gegen einzelne Menschen oder Gruppen verteidigen müssen, und diese werden zahlreicher. Wenn wir sie aber jetzt noch in einem fort gegen unsere eigenen Politikerinnen und Politiker verteidigen müssen, dann wird mir bang. Die Verwaltung zu schwächen bedeutet, den Staat zu schwächen, und wer den Staat schwächt, der schwächt die Demokratie und letztlich uns alle. Dazu kommt eine weitere Frage, die ich mir ganz persönlich stelle: Was für ein Menschenbild hat jemand, der den Angestellten der Verwaltung ständig latentes Faulenzen unterstellt? Oder sollte ich besser fragen: Von wem schliesst so jemand auf andere? Für unsere Fraktion steht fest: Die Menschen, die tagtäglich in unseren Ämtern arbeiten, tun das mit Engagement, mit Fachwissen und oft unter grosser Belastung. Sie verdienen Respekt statt Misstrauen, Anerkennung statt Unterstellung. Wir möchten ihnen an dieser Stelle unseren grossen Dank aussprechen. Lassen wir uns nicht von populistischen Forderungen nach immer weiteren Kürzungen leiten. Lassen wir uns nicht von einem Misstrauen gegenüber der eigenen Verwaltung treiben. Vielmehr sollten wir uns fragen, was braucht es, damit der Kanton Thurgau auch in Zukunft effizient, bürgernah und demokratisch verwaltet wird.

Thomas Leu, FDP: Wir haben es gelesen in diesem 69-seitigen Bericht: steigende Anforderungen, erhöhte Komplexität, neue zusätzliche Aufgaben. All das kann man sehr wohl zur Begründung des Stellenwachstums herbeiziehen. Das ist richtig, damit lässt sich die Entwicklung erklären, wenigstens in weiten Teilen. Eine solche Erklärung taugt aber nicht für die Zukunft, sie ist vielmehr ein Blick in den Rückspiegel. Viel wichtiger an der ganzen Debatte ist aber der Blick nach vorne. Mich interessiert nämlich vor allem die Strategie, wie man vorangehen will, die Ideen und Ausführungen dazu, welche Schlüsse wir aus diesem Bericht ziehen, um Verbesserungen daraus für die Zukunft ableiten zu können. Eine Erklärung für das Stellenwachstum, das stärker war wie das Bevölkerungswachstum, ist schön und gut, mehr aber nicht. Viel wichtiger ist es, im Sinne einer strategischen Auslegeordnung, konkret zu prüfen, wo welche und wie viele Ressourcen bereitgestellt werden können, um anschliessend zu definieren, wo diese auch bereitgestellt werden sollen. Dazu finde ich in der Beantwortung der Regierung nicht die erhofften Aussagen. Es fehlt die Weichenstellung für die Zukunft. Namentlich fehlen mir Aussagen, wo welche Prioritäten gesetzt werden sollen, wo welche Ressourcen flexibel eingesetzt werden, damit ein möglichst grosser Nutzen für die Gesellschaft – und da sind wie immer Bevölkerung und Wirtschaft gleichermassen gemeint – entstehen kann. Gefordert ist also eine Strategie, eine klare Strategie, die Aussagen dazu macht, wie man gedenkt mit den steigenden An-

forderungen, der erhöhten Komplexität und den neuen zusätzlichen Aufgaben umzugehen, ohne dass die Stellenentwicklung ungebremst weitergeht. Ich bin deshalb der klaren Auffassung, dass alle Massnahmen zur Verhinderung eines überproportionalen Anstiegs gedanklich unbedingt zu prüfen sind. Seien es Ideen, wie eine Staatsquote in Verbindung mit dem Wachstum, oder aber Ideen, wie man generell ein Ansteigen der Anforderungen, die an den Staat gestellt werden, in Einklang mit den Realitäten bringen kann. Es geht mir nicht um eine starre Quote, die einem Korsett gleich Spielräume einengt und eine Entfaltung erschwert. Es geht doch darum, dass man sich den Kopf freimachen kann, damit ergebnisoffen geprüft wird, welche Verbesserungen wie ermöglicht werden können. Der nötige Impuls dazu, der muss von der Regierung kommen. Sie muss Wege aufzeigen, wie das überproportionale Stellenwachstum verhindert werden kann und wie sie Aufgaben neu gliedern will. Dazu wird sie unterscheiden müssen zwischen verzichtbaren und unverzichtbaren Aufgaben. An die Adresse der fordernden Gesellschaft darf und soll dabei auch signalisiert werden, dass nicht alle Anliegen, die neu vorgebracht werden können, auch verfolgt werden können, dass nicht dauernd neue Aufgaben übernommen werden können, sondern zuerst auch ein Aufgabenverzicht vollzogen werden muss. Vielleicht hilft es, das Bild des Kleiderschranks vor Augen zu führen: Bevor man da etwas Neues reinhängen kann, muss man bekanntlich auch einmal etwas ausmisten. Man muss das, was nicht mehr zeitgemäss, was abgetragen ist, entsorgen, und man muss immer schauen, dass Platz für Neues bleibt. Ansonsten gerät man zu schnell in eine Situation, bei der man sich eben nicht mehr mobil und flexibel in die Zukunft bewegen kann. Ich bin auch mit Blick auf die nächste Budgetdebatte gespannt, was wir von der Regierung dazu vernehmen werden können. Und ich kann Ihnen versichern, dass unsere Fraktion solchen Ideen zum Aufgabenverzicht wohlwollend gegenüberstehen wird und dass wir Hand bieten werden für eine konstruktive Debatte. Ich freue mich darauf.

Jürg Wiesli, SVP: Der Bericht ist umfassend und mit so vielen Zahlen gespickt, dass einem fast schwindlig werden könnte. Ich will aber nicht mehr auf das schon Gesagte eingehen. Die Stellenentwicklung ist grösstenteils nachvollziehbar. Was aber für mich nicht nachvollziehbar ist, ist, dass in den vielen Jahren nicht mehr Einsparungen und Effizienzgewinne erzielt wurden. Eine Verbesserung hätte meine Interpellation von 2015 "Kosteneinsparung durch Ideenmanagement" gebracht. Kosteneinsparungen, Effizienz, noch bessere Abläufe hätten auch dazu geführt, dass wir weniger neue Stellen hätten sprechen müssen. Es ist schade, dass damals die beiden Hauptsäulen dieses Vorschlages, nämlich die 10 %-ige Auszahlung von einem Gewinn für einen Verbesserungsvorschlag, den man einmalig im Jahr erhalten hätte, weggestrichen wurde und auch die zweite wichtige Säule, nämlich einen departementsunabhängigen Ideenmanager, der das hätte anschauen können. Viele haben Hemmungen, das ihrem Vorgesetzten weiterzugeben oder halt als Besserwisser dazustehen. Darum ist ein unabhängiger Ideenmanager das A und O dieses Vorschlages gewesen. Ich bin sicher, dass wir bei unseren 4'000 Mitarbeitern viele genug

gute Ideen gehabt hätten, wie man da etwas Vernünftiges hätte machen können, wie gute Abläufe noch hätten besser gemacht werden können, wie man erledigte Sachen, bei denen man gesehen hätte, dass es sie nicht mehr braucht oder weniger braucht, hätte abschaffen können. Ich überlege mir wirklich, ob ich diese Interpellation nicht noch ein zweites Mal einreichen soll, und hoffe, dass sie dann dieses Mal vom Regierungsrat nicht gerade wieder "abgesägt" wird.

Regierungsrat Urs Martin: Ich kann Ihnen versichern, die Kritik, die Sie geäussert haben am Stellenwachstum, kann ich gut nachvollziehen. Es war ja die Beantwortung einer Interpellation. Vor ein paar Jahren gab es einen Antrag, ich war damals Erstunterzeichner. Und jetzt war ich für die Beantwortung dieser Interpellation verantwortlich. Vielleicht zum Formellen: Wir haben einen Folgebericht erstellt. Wir hätten auch die Interpellationsfragen einfach beantworten können. Aber der Regierungsrat hat nichts zu verstecken, daher war es ihm auch wichtig, dass wir transparent auf Ihre Fragen antworten, damit Sie den vollen Überblick haben. Nun, was möchte die Bevölkerung? Ja, die Bevölkerung möchte keinen ausufernden Staat, aber die Bevölkerung möchte auch eine funktionierende Verwaltung: Wenn ich ein Unternehmen gründe, möchte ich, dass es eingetragen wird. Wenn meine Kinder in die Kantonsschule gehen, möchte ich, dass die Kinder beschult werden von kompetenten Lehrpersonen. Ich möchte digital auf Verwaltungsprodukte zugreifen können, und wenn ich im Restaurant bin, dann habe ich den Anspruch, dass ich keine Listen zu mir nehme, an denen ich sterben könnte. Das alles sind Leistungen, die vom Kanton erbracht werden. Und wenn dann in einzelnen Bereichen die Leistung nicht mehr so erbracht wird, wie sich das die Bevölkerung vorstellt, dann wird korrigiert. Vor fünf Jahren war das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung schlecht. Es wurde reagiert, man hat die Kantonspolizei aufgestockt. Als Folge der Aufstockung der Kantonspolizei resultierten – das ist klar – auch mehr Verzeigungen bei der Staatsanwaltschaft, weshalb auch bei der Staatsanwaltschaft aufgestockt wurde. Es gab einen grossen Veranlagungsrückstau bei der Steuerverwaltung. Es gibt ihn immer noch. Es wurde aufgestockt, weil die Bevölkerung den Anspruch hat, dass die Steuererklärungen schnell veranlagt werden. Die Bevölkerung möchte einen funktionsfähigen Staat. Und wie Kantonsrat Mathis Müller zu Recht sagte, es gibt eine Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP). Diese attestiert dem Kanton Thurgau – damit ist nicht nur der Kanton gemeint, sondern die Gesamtheit von Kanton und Gemeinden –, dass man im Verhältnis zur Bevölkerung die schlankste Verwaltung aller Kantone in der Schweiz aufweise. Und in den letzten Jahren ist das Verhältnis ein wenig angewachsen, aber auch dort ist der Kanton im Verhältnis relativ im hinteren Drittel. Das sind die Fakten. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir schauen, dass nicht zu viele Stellen geschaffen werden. Aber es ist ebenso wichtig, dass wir auch die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden unserer Verwaltung zum Ausdruck bringen. Es ist jedes Jahr das Gleiche: Wenn wir den Geschäftsbericht präsentieren im Regierungsrat,

dann wird der Verwaltung für die gute Arbeit gedankt. Und wenn wir das Budget präsentieren, wird wieder mit Vokabeln aus dem letzten Jahrtausend auf die Verwaltung eingedroschen. Und ich muss Ihnen sagen, in der jetzigen Situation, in der auch der Kanton teilweise Schwierigkeiten hat, Stellen zu besetzen, ist es wichtig, dass wir auch die Wertschätzung gegenüber unserem Personal bringen für seinen guten Einsatz, den es für die Bevölkerung leistet. Es sind ganz viele Leute, die Tag für Tag stolz sind, im Dienste der Thurgauer Bevölkerung tätig zu sein, und das sollten wir auch entsprechend wertschätzen. Es wurde auch vereinzelt noch angefügt, dass man die Aufgaben grundsätzlich anschauen und vorwärts schauen müsse. Also zuerst: Die Interpellation, die war rückwärts gerichtet, deshalb hat der Regierungsrat sie ja auch rückwärts beantwortet und nicht vorwärts. Es gab keine vorausschauenden Fragen. Aber der Regierungsrat schaut selbstverständlich voraus. Der Regierungsrat wird sich in nächster Zeit grundsätzlich der Frage annehmen, welche Aufgaben vom Kanton noch erledigt werden sollen und welche nicht. Dazu hat er gestern an seiner Regierungsratssitzung eine Aufgabenüberprüfung in die Wege geleitet. Vorgängig wurde die Finanzstrategie schon vor ein paar Wochen überarbeitet, und wir werden beides nächste Woche der Öffentlichkeit präsentieren. Ich kann aber schon vorausschicken, dass der Prozess der Aufgabenüberprüfung nicht ohne Sie möglich sein wird, weil, wenn wir Aufgaben überprüfen, werden wir Gesetze anfassen müssen, und der Regierungsrat kann keine Gesetze alleine anfassen. Das heisst, es braucht die Unterstützung von Ihnen, sich diesen grundsätzlichen Fragen anzunehmen. Es hat mich sehr positiv gestimmt, dass Fraktionspräsident Thomas Leu bereits seine Zustimmung zu diesem Prozess gegeben hat. Das freut mich ausserordentlich und ist dick notiert, vielen Dank. Sie sehen, der Regierungsrat ist nicht untätig. Wir werden uns schon nächste Woche mit grundsätzlichen Fragen auseinandersetzen und in der Folge dann ganz viel darüber diskutieren, was, wie, in welcher Form oder gar nicht mehr gemacht werden soll in diesem Kanton. Ich danke Ihnen für die Interpellation und die gute Diskussion.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.